

❖ Niemand kennt die politische Agenda dieses Jahres genau. Zweifellos wird der Klimaschutz auch 2010 eine gewichtige Rolle spielen. Die Auseinandersetzung um den Afghanistan-Einsatz wird die Gemüter auch weiterhin beschäftigen. Auch die Folgen der Weltfinanzkrise werden uns weitere Kopfschmerzen bereiten ebenso wie die bislang nicht besonders erfolgreichen Versuche, neue Regeln zu finden, um eine neue Krise zu verhindern. Ein Thema wird uns mit Sicherheit durch dieses Jahr begleiten, nämlich die Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der Muslime in den europäischen Gesellschaften. Ende November 2009 war das Entsetzen über die erfolgreiche Volksabstimmung in der Schweiz für ein Verbot neuer Minarette unüberhörbar. Sowohl die politischen Eliten in der Eidgenossenschaft sowie auch die politischen und journalistischen Repräsentanten in den Nachbarländern verurteilten das Votum der gut eineinhalb Millionen Schweizer Stimmbürger als einen unklugen Anschlag auf die Religionsfreiheit, der von der europäischen Gerichtsbarkeit korrigiert werden müsse. Bei so viel Einheitlichkeit der Kritik ist Misstrauen angesagt. Zunächst ist der Hinweis wichtig, dass die freie Religionsausübung von Muslimen in der Schweiz durch das Resultat der Volksabstimmung nicht behindert wird. Denn die bestehenden und geplanten Moscheen und auch die bestehenden Minarette werden nicht infrage gestellt. Bei Volksabstimmungen entscheidet der Bürger an der Wahlurne normalerweise sehr selten über die Sachfrage, die ihm gestellt wird. Weil die Stimmabgabe – anders als im Parlament – anonym erfolgt, hat der Bürger hier die Chance, seine Unzufriedenheit mit den Regierungen bei der Behandlung zentraler Fragen



des Zusammenlebens zu formulieren und eine Korrektur zu erzwingen. Bei der Korrektur geht es weniger um die Verweigerung von Baugenehmigungen für Minarette als um die Furcht der Schweizer Mehrheit vor einer auch optisch erkennbaren Islamisierung des Landes.

Niemand kann daran zweifeln, dass

die Ergebnisse von denkbaren Volksabstimmungen über die Minarettfrage in anderen Ländern und auch in Deutschland sehr ähnlich ausfallen würden. Schon bemüht sich eine unter der Beobachtung durch den Verfassungsschutz stehende antiislamische Gruppierung in Köln, neue Möglichkeiten des Lisabon-Vertrages zu nutzen, um eine Initiative mit ähnlicher Intention in Gang zu setzen. Hier droht Ungemach.

Die Reaktionen der türkischen Politik auf den Volksentscheid der Eidgenossen wirken grotesk, weil gleichzeitig die türkischen Ergebnisse einer internationalen Umfrage zur Religion bekannt wurden. Knapp sechzig Prozent der Türken wollen Nicht-Muslimen jede religiöse Versammlung verbieten. Fünfzig Prozent lehnen die Wahl einer Partei ab, der Nicht-Muslime angehören. Der den türkischen Teil der Umfragen betreuende Politikwissenschaftler Ali Carkoglu, Sabanci-Universität Istanbul, erkennt das Bildungssystem als Quelle dieser religiösen Unduldsamkeit. Nicht-Muslime verspüren das schon lange. Im letzten Jahrhundert wurde der christliche Beförderunganteil von zwanzig auf ein Prozent verringert. Auch im einundzwanzigsten Jahrhundert bleibt die Türkei im Blick auf die Religionsfreiheit das Sorgenkind Europas. ❖

*Wolfgang Bergsdorf*

Wolfgang Bergsdorf